

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A red arrow pointing to the right, positioned below the "AfD" text.



Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 [pboehringer](https://t.me/pboehringer)

 [PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 peter.boehringer@bundestag.de

 [pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

 www.pboehringer.de

 [Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

 [pboehringer_mdb](https://www.youtube.com/pboehringer)

 [pboehringer](https://www.youtube.com/pboehringer)

50 Milliarden EU-Schulden verstricken Deutschland immer tiefer in den Ukraine-Krieg

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich auf ein Unterstützungspaket für die Ukraine im Umfang von 50 Milliarden Euro geeinigt. Die 50 Milliarden Euro, auf die sich die Regierungsspitzen in Brüssel verständigt haben, sind weitgehend Geldgeschenke an die Ukraine. Auch wenn es formal teilweise Kredite sind, die von der EU an die Ukraine durchgereicht und von den Mitgliedstaaten besichert werden, muss man schon sehr optimistisch sein, wenn man glaubt, dass die Ukraine diese Kredite zurückzahlen wird. Die Rückzahlung erfolgt dann über die Eigenmittelabführungen der Mitgliedstaaten, wovon Deutschland den größten Teil trägt. Die gesamte Konstruktion ist nahezu eine Kopie des Programms „Next Generation EU“, mit dem vor drei Jahren erstmals eine Gemeinschaftshaftung für EU-Kredite eingeführt wurde und von dem es seinerzeit hieß, es handele sich um einen einmaligen Vorgang.

Da die Ukraine leider ohnehin weitgehend wie ein EU-Mitgliedstaat behandelt wird, ist es in der Denke der EU nur konsequent, wenn mit diesem Finanzpaket auch Reformen „im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt“ der Ukraine unterstützt werden sollen, wie es im entsprechenden Verordnungsvorschlag der Kommission heißt. Eine EU-

Erweiterung in die Ukraine ist sicherheitspolitisch jedoch fast gleichbedeutend mit einer NATO-Osterweiterung.

Die EU betreibt hiermit ein sehr gefährliches Spiel, das den Frieden in Europa eher gefährdet als schützt. **Die Mittel werden kurzfristig sicherlich überwiegend für die weitere Kriegsführung verwendet werden. Die Ukraine befindet sich nach wie vor im Krieg und müsste dringend über eine Friedenslösung verhandeln** und nicht über einen verfrühten Wiederaufbau oder die Umsetzung grüner Nachhaltigkeitsphantasien.

Im Endergebnis wird dieses Hilfspaket, das nach dem Willen der EU sogar noch erweitert werden könnte, dazu führen, dass die deutschen Steuerzahlungen an die EU weiter steigen werden, perspektivisch auf 50 Milliarden Euro jährlich. Die EU manövriert sich zunehmend in eine Zahlmeisterrolle für die Ukraine hinein. Sie wird damit immer mehr Kriegspartei, und zugleich macht sie immer weitreichendere Versprechungen für den Wiederaufbau. Zwar fließen diese Kredite an der deutschen Schuldenbremse vorbei, aber sicher nicht am deutschen Steuerzahler.

Wir stellen uns geschlossen an die Seite der demonstrierenden Bauern

Mitte Dezember letzten Jahres hat die Ampelregierung angekündigt, die Steuervergünstigung für Agrardiesel sowie die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge im Bundeshaushalt 2024 ersatzlos zu streichen. Für die deutschen Bauern wäre das eine Steuererhöhung von knapp einer Milliarde Euro pro Jahr gewesen. Verständlich also, dass daraufhin die größten Bauernproteste begonnen haben, die Deutschland seit etwa 500 Jahren je gesehen hat. Wir haben uns von Anfang an an die Seite der deutschen Bauern gestellt. Es ist ungerecht, dass sie jetzt die Zeche für das Versagen der Ampel zahlen sollen!

Scheinheilig war der CDU/CSU-Antrag „Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren“, der im Januar dieses Jahres im Deutschen Bundestag abgestimmt wurde. Trotz des positiven Titels konnten wir diesem Antrag jedoch nicht zustimmen. Etliche der darin enthaltenen Forderungen sind bauernfeindlich und nicht mit unseren Positionen vereinbar: <https://afdbundestag.de/enthaltung-der-afd-fraktion-bei-bauernfeindlichem-unionsantrag/>

Noch im Januar hat die AfD-Bundestagsfraktion ein Sofortprogramm zur Rettung des Mittelstands beschlossen: <https://afdbundestag.de/bauernproteste-afd-fraktion-beschliesst-sofortprogramm-zur-rettung-des-mittelstands/>

Wir fordern bereits seit Oktober 2022, die Agrardieselerückstattung zu verdoppeln und die heimische Landwirtschaft dadurch spürbar zu entlasten (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>). Schon lange fordern wir, die Existenzen der Bauernfamilien zu sichern und die bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland zu erhalten

Stattdessen haben wir einen eigenen Antrag eingebracht und unsere Forderung nach einer Verdoppelung der Agrardieselerückstattung erneuert (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010056.pdf>).

Die deutschen Bauernfamilien können sich darauf verlassen, dass die AfD-Fraktion sich im Deutschen Bundestag auch weiterhin für ihre Belange und eine bauernfreundliche Agrarpolitik einsetzt.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 /Protschka

 stephan.protschka@bundestag.de

 @stephan.protschka.mdb

 /protschka.stephan

 @AfDProtschka

 www.stephan-protschka.de

 @protschkasposition

Bis zu 10.000 Milliarden Euro?! Die Energiewende ist unbezahlbar!

Immer höhere Strom- und Spritpreise, riesige Kosten für die Sanierung von Häusern, „Transformation“ der Industrie... und fehlende Milliarden im Haushalt: Deshalb habe ich die unglaublich hohen Kosten des grünen Ideologieprojekts „Energiewende“ in der Haushaltswoche Ende Januar / Anfang Februar zum Thema gemacht. Das kann nur der Anfang sein. Die Energiewende muss gestoppt werden, denn sie würde unser Land um Jahrzehnte zurückwerfen, zu Deindustrialisierung und Verarmung führen.

Man muss befürchten, dass die Energiewende in den nächsten rund 20 Jahren 10.000 Milliarden, also 10 Billionen Euro kosten wird – oder jeden Deutschen vom Säugling bis zum Greis rund 120.000 Euro. Pro Kopf!

Woher diese horrenden Zahlen? Einige Analysen wurden veröffentlicht, die aber nur Teilbereiche erfassen und oft schon wieder überholt sind. Man muss das aber zusammenrechnen, so gut es geht!

So sagt eine 2023er Studie der Universität zu Köln alleine für die Zeit bis 2030 eine Kostenlawine von 1.900 Milliarden Euro voraus. Im Januar kam heraus, dass nur die Erweiterung der Stromnetze bis dahin 500 bis 750 Milliarden kosten wird – die Universität hatte nur mit

rund 150 Milliarden gerechnet. Also: es wird noch teurer!

Bis 2045 ist das Ende des Heizens mit Öl, Gas und Kohle vorgeschrieben. Die Stadtwerke Leipzig berechneten letztes Jahr dafür pro Bürger einen Betrag von 45.000 Euro – mit Sanierung der Häuser, Einbau neuer Heizungen und Verlegung neuer Fernwärmeleitungen. Für ganz Deutschland wären das an die 4.000 Milliarden Euro. Zum Vergleich: alleine bis 2030 rechnet die Uni Köln mit rund 1.000 Milliarden dafür.

Dazu noch die „Dekarbonisierung“ der Industrie, Verlegung von Wasserstoffleitungen quer durchs Land und vieles mehr – und: die ganzen laufenden Kosten wie die extremen Strom- und Spritpreise, die sich Jahr für Jahr höher aufsummieren. Da ist man schnell bei 10.000 Milliarden – und das wäre für Deutschland der programmierte Ruin. Deshalb fordern wir von Seiten der AfD einen Stopp der Energiewende, die Weiternutzung der Kernenergie und die Abschaffung der CO₂-Steuern und der vielen geplanten Verbote.

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 www.wolfgang-wiehle.de



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Positivbeispiel für den Kernkraftwerksbau

Bei Diskussionen mit Kernkraftgegnern wird gerne das Argument der langsamen und unbezahlbaren Neubauten gegen die Kernenergie und für den Ausbau der sog. Erneuerbaren ins Feld gebracht. Kronzeuge ist dabei das britische Kernkraftwerkprojekt Hinkley Point C, das kosten- und zeitplantechnisch sehr stark aus dem Ruder gelaufen ist. Sich in der Diskussion aber ausschließlich auf Hinkley Point C zu fixieren ist Rosinenpickerei der KKW-Gegner. Ich möchte daher meine eigene Rosinenpickerei betreiben, um ein Gegenbeispiel darzustellen, für den Fall, dass der geneigte Leser auf der Straße oder am Infostand in solch eine Diskussion verwickelt wird. Unser Beispiel heißt Barakah 1-4 und befindet sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Trotz angeblicher Idealbedingungen mit fast maximaler Anzahl an Sonnenstunden haben die Emirate beschlossen ihre energetische Versorgung auf Kernenergie aufzubauen. Im Jahre 2009 wurden daher die Verträge über die vier Kraftwerksblöcke mit zusammen 5,6 GW unterzeichnet. Im Jahre 2012 wurde mit den Bauarbeiten begonnen und ab 2018 waren die Blöcke mechanisch sukzessive fertiggestellt. Von 2021-23 fand die erfolgreiche Inbetriebnahme der Blöcke 1-3 statt und für dieses Jahr ist der Start des letzten Blockes geplant. Die Baukosten wurden zuerst mit 20 Mrd. \$ veranschlagt, dann auf 30 Mrd. \$ hochgesetzt um final mit 24,4 Mrd. \$ beziffert zu werden, also 6,4 Mrd. \$ pro Block. Die erwarteten Kosten für den Strom sind für die ersten 20 Jahre bis zur Abschreibung mit 0,4 Dirham/kWh (rund 10 €-ct/kWh) veranschlagt und danach mit 0,1 Dirham/kWh (rund 2,5 €-ct./kWh). Preise von denen Deutschland meilenweit entfernt ist und sich auch immer weiter entfernt. Um die gleiche Bruttoenergiemenge mittels Windenergie in Deutschland zu erzeugen wären ca. 15.000 Windräder erforderlich. Diese Zahlen zeigen was möglich ist, wenn ein Bauprojekt nicht mit der Qualität eines Berliner Flughafens durchgeführt wird, wie dies in Großbritannien der Fall ist. Sie zeigen aber auch, dass, wenn die Bundesrepublik vor 20 Jahren konsequent den Weg einer nuklearen Energiewende hin beschritten hätte wir mit den Kosten ebenderselben (rund 600 Mrd. €) ca. 100 modernste KKW hätten errichten können und das dies bei Bauzeiten von ca. 9 Jahren und paralleler Bauweise auch möglich gewesen wäre. Deutschland wäre heute das helle Zentrum von Europas Energiewirtschaft. Die weitere Folge wäre eine große, zur Verfügung stehende Menge an Elektrizität für unsere Haushalte und die Industrie, die alleine erst in der Lage gewesen wäre, die Energie zu liefern die für die Habeck-



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Kein weiteres Geld für fremde Kriege

Bald beginnt das dritte Kriegsjahr in der Ukraine. Die vom Westen mit Milliarden finanzierte ukrainische Gegenoffensive hat ihr Ziel verfehlt. Die Fronten sind erstarrt. Viele ukrainische Kämpfer und ihre Familien sind kriegsmüde. Deutschland ist der größte militärische Unterstützer der Ukraine in Europa und steht weltweit hinter den USA an zweiter Stelle. Während sich in den USA Unmut regt, noch mehr Geld für fremde Kriege auszugeben, will die Bundesregierung in diesem Jahr trotz knapper Kassen die Waffenlieferungen an die Ukraine von 4 auf 8 Milliarden Euro verdoppeln. Und das alles wieder einmal zu Lasten der Bundeswehr.

Das für die Ertüchtigung der deutschen Streitkräfte gedachte „Sondervermögen“ soll für den Ersatz des an die Ukraine abgegebenen Materials geplündert werden. Außerdem will die Ampelkoalition auch in diesem Jahr soziale Leistungen in Höhe von ca. 6 Milliarden Euro an die in Deutschland lebenden Ukrainer ohne Bedürfnisprüfung ausschütten. Weitere Milliarden sollen in den nächsten Jahren in den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes fließen. Damit nicht genug. Als Trost für die Rückschläge auf dem Schlachtfeld hat die Bundesregierung zusammen mit der realitätsfernen Politikerelite in Brüssel den Weg frei gemacht für einen schnellen EU-Beitritt der Ukraine. Nach

Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft sind die damit verbundenen Mehrkosten für den EU-Haushalt auf 130 bis 190 Milliarden Euro zu beziffern.

Und als gäbe es kein Morgen soll das noch ärmere Moldau gleich mit in den Kreis der Zahlungsempfänger aus Brüssel aufgenommen werden. Die Sorgen und Nöte der eigenen Bürger sind den Ampel-Koalitionären dabei egal. Anstatt bei den üppigen Transferleistungen oder den Klimafantastereien zu sparen, sollen wieder einmal die mittleren und kleinen Einkommen durch höhere Preise bei Öl, Gas und Strom die Zeche zahlen, die von der Regierung durch Missachtung der Haushaltsgesetze selbst eingebrockt wurde. Erwartungsgemäß beißt der Kanzler mit seinem Wunschdenken, einen Teil der von Deutschland an die Ukraine geleisteten Zahlungen auf EU-Ebene angerechnet zu bekommen, bei allen Mitgliedsstaaten auf Granit. Das gilt umso mehr, als das absehbare Haushaltsdefizit der Ukraine, das die EU abfangen will, weit höher ist als gedacht. Auf wessen Kosten? Es ist davon auszugehen, dass die Ampel unter dem Vorwand der „Ukrainehilfen“ auch in diesem Jahr die Haushaltsnotlage ausrufen und weitere Schulden zu Lasten des deutschen Steuerzahlers auf türmen wird.

Kirchenasyl im Endstadium angekommen – Gibt es das überhaupt?

Zur Weihnachtszeit gehen viele Familien dann doch einmal in eine Kirche. Zu dem allgemeinen Mitgliederschwund der großen Konfessionen in Deutschland führte aber, reden wir nicht drum herum, gerade das erratische Verhalten vom Erzbischof bis zur Kirchengruppe in gesellschaftlichen Fragen. Man könnte ein Buch darüber schreiben, aber besonders als Beispiel kann das sog. Kirchenasyl dienen. Gleich vorweg natürlich die Feststellung, dass es eine eigene rechtliche Kategorie „Kirchenasyl“ nicht (mehr) gibt. Was steckt also dahinter, wenn ganz plötzlich muslimische Familien in einer Kirche, ggf. Autostunden von ihrer Unterkunft weg, abschriebefeste Logie erhalten?

rechtliche Neuschöpfung des Kirchenasyls. Dieses erfreut sich aber de facto immer größerer Beliebtheit und auch bei Fällen „nur“ im vierstelligen Bereich zeigt sich die Bereitschaft, Recht zu brechen, wenn es „der guten Sache dient“ wie in einem Brennglas. Sollte die Ampel wirklich dazu übergehen, symbolisch etwas mehr und nachhaltiger abzuschieben, dürfte sich das Verschanzen in Kirchengemeinden signifikant erhöhen. So in Schwerin, wo die Polizei eine afghanische Familie mit Räumkommando und Kettensäge aus dem Asyl holen musste. Die Gemeinde ließ es eskalieren, vertraute wohl auf das deutsche Einknicken. Dieses Mal lief es anders.

In erster Linie das Hauptproblem in diesem Land: Passives Schulterzucken. Hat man sich erst einmal mühsam zu einem Abschiebetitel durchgerungen, dann bricht vielen Behörden eine laut zeternde Pfarrgemeinde mit den üblichen „Flüchtlingsräten“ im Schlepptau das neu entdeckte Rückgrat schnell wieder. Man akzeptiert den rechtswidrigen Zustand. Davon ermutigt wird dann sogar weiterhin Geld gefordert. Die knausrige Pfarrgemeinde klagt mit den Asylanten gegen den bösen Staat. Volle Sozialleistungen gefälligst, auch aus einem anderen Bundesland. Dies immerhin wurde von Landessozialgericht Niedersachsen kürzlich verworfen. Keine

Dass es weder aus Art. 4 GG oder Art. 16a GG eine Rechtfertigung für Kirchenasyl gibt, und sich Helfer sogar strafbar machen, muss betont werden. Ebenfalls dürfen Behördenmitarbeiter, die die Flinte ins Korn werfen, nicht ungestraft davonkommen. Anträge gegen behördliche Richtlinien sowie ggf. Gesetzentwürfe sind in Arbeit.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Verantwortungslose Politik in Berlin und Bauernproteste

Die letzte Sitzungswoche begann mit Protesten der Bauern, Fuhrunternehmer, Gastronomen und Handwerker. Die Ampelregierung will die immensen Kosten ihrer ideologischen Projekte durch Steuer- und Abgabenerhöhungen auf Bauern, Transportgewerbe und Gastronomie abwälzen, statt Einsparungen bei sich selbst vorzunehmen. Wir tragen die verantwortungslose Politik der Bundesregierung nicht mit und haben einen Antrag vorgelegt, der die Verdopplung der Rückerstattung beim Bauerndiesel ab 2025 fordert. Der Landwirtschaftsminister hat alle gegen sich aufgebracht, unsere Bauern kämpfen ums nackte Überleben. Immer härtere Sanktionen und Regularien engen besonders die Jungbauern immer weiter ein.

Herr Özdemir, das können Sie den Leuten nicht mehr erklären!

In meiner Rede am 18. Januar sprach ich zum Agrarpolitischen Bericht der Ampel-Regierung. Nichts konnte diesen besser illustrieren, als die parallel dazu nur wenige hundert Meter entfernten Proteste unserer Bauern. Das allein war schon Antwort genug auf den Bericht. Trotzdem konfrontierte ich Landwirtschaftsminister Cem Özdemir mit seinen absurden Vorschlägen, etwa dem „Bauern-Soli“, der in Wahrheit

nichts anderes ist, als eine Fleischsteuer, von der bei den Landwirten nichts ankommt und die uns Verbraucher wieder zusätzlich auferlegt wird! Die Bundesregierung nimmt den Bauern 400 Millionen Steuerrückerstattung, aber andere sinnlose Projekte werden weltweit gefördert. Dreizehn Millionen für gendergerechte Gesellschaften in Westasien, 300 Millionen für Smart Cities in Indien, gendersensitive Dorfentwicklung in Bangladesch. Das ist einfach nur noch absurd, das kann man den Leuten nicht mehr erklären.

Medienskandal besonderer Güte

Eine Rhetorik der Spaltung prasselt derzeit ohne Unterlass auf unsere Fraktion ein. Unwahre Behauptungen werden ohne Prüfung, mit Geheimdienstmethoden, unter dem Deckmantel des Staatsfunks verbreitet. Für eine kostspielige Kampagne, finanziert von Grünen Milliardären und internationaler Finanzwirtschaft vergessen die Regierungsparteien jegliche Moral. Linksextreme Aktivisten sind beim Medienhaus „Correktiv“ gern gesehene „Journalisten“. Ein Netzwerk aus NGO's, Plattformen, Initiativen und deren Vorfeldorganisationen unterminieren verzweifelt unsere Demokratie und sichern die Macht der Lobbyisten.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

✉ peter.felser@bundestag.de

📷 [@peter_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📺 [@peterfelser_mdb](https://www.youtube.com/channel/UCpeterfelser_mdb)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de

Mit Standhaftigkeit gegen Hetze und Verleumdung

Die Umfragewerte der Ampelregierung befinden sich im Sinkflug. Ende Januar müssen die Regierungsparteien froh sein, wenn sie noch auf 31% Zustimmung kommen. Das führt im rot-grünen Lager zu Panik. Viele Genossen rechnen bereits nach, wer bei der nächsten Wahl wohl seinen Job verliert. Denn viele von ihnen haben nichts gelernt, womit sie außerhalb der Politikblase Geld verdienen könnten. Journalisten bangen um lukrative Nebenjobs, Zeitungen um große Anzeigenvolumina, der ÖRR um die Rundfunkstaatsverträge. Es geht um nichts weniger als um die Existenz dieser bildungsfernen „Elite“. Dies muss man wissen, um die Ereignisse der letzten Wochen zu verstehen.

Die Politik der Deindustrialisierung kommt inzwischen bei der Bevölkerung an. Die Proteste der Bauern wegen massiver Erhöhungen der Agrardieseltener werden von großen Teilen der bürgerlichen Mitte unterstützt. Handwerker und Gewerbetreibende schließen sich an. Hektisch werden Demonstranten zu rechtsextremen Demokratiefeinden erklärt. Doch die Nazikeule ist abgewetzt und entfaltet nicht die erhoffte Wirkung.

Ein Entlastungsangriff muss her. Man zieht etwas aus der Schublade, was vielleicht erst für die Europawahl vorge-

sehen war: Einen rechtswidrig erstellten Bericht über einen privaten Vortragsabend in Potsdam, bei dem auch Politiker von CDU und AfD anwesend waren. Darum herum entwirft ein Dramaturg ein Theaterstück über ein Geheimtreffen und einen Masterplan zu Deportationen. Das Ganze ist so schrill und überdreht, dass es eigentlich keiner Erwähnung wert wäre. Doch die Verzweiflung ist groß: fast alle regierungsnahen Redaktionen klammern sich an diese Räuberpistole wie an einen Strohhalm.

Wir erleben einen historischen Paradigmenwechsel: weg von links-grünen Utopien hin zu einer Politik von Vernunft und Pragmatismus. Die ideologischen Narrative der Ampel verfangen nicht mehr, der Zustrom zu unserer Partei ist ungebrochen. Doch die 68er Generation wird nicht ohne Widerstand abtreten. Wir werden noch einiges an Standhaftigkeit benötigen. Und sie selbstverständlich aufbringen, denn wir lieben unser Land und unsere Leute. Und wir kämpfen für die Demokratie. Unsere Zukunft ist blau!

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Demos gegen rechts sind brandgefährlich

Anfangs machte ich mich lustig über die „Demos gegen räächts“ als „Gespensterdemos“, so in meiner Heimatstadt Lindau, wo mein süffisantes Video fast 100.000 Aufrufe erzielte (www.youtube.com/watch?v=4XTB1Eiwq4U). Die flächendeckend aufpoppenden Demos aber tiefer zu verstehen als eben das, was sie eigentlich sind, ist für unsere eigene politisch-strategische Arbeit enorm wichtig. Es handelt sich um eine orchestrierte „Psyop“, einen systematisch geplanten und generalstabsmäßig durchgeführten Angriff auf die Psyche der massenmedial leicht erreich- und steuerbaren Menschen in unserem Land.

Leider hat diese Form der mentalen Kriegsführung auch Auswirkungen auf unsere politische Arbeit und sogar Entwicklungsperspektiven als in Regierungsverantwortung drängende parlamentarische Kraft – verstärkt natürlich im Westen, wo die propagandistische Medienkompetenz breiter Gesellschaftsschichten im Gegensatz zur Bevölkerung im Osten allenfalls embryonal entwickelt ist.

Ohne ernst zu nehmenden sachlichen und programmatischen Bezug wurde seit dem (zumindest durch Finanzspritzen) regierungsgesteuerten Correctiv-Coup ein solch dicker Teppich von Desinformation und negativer emotionaler

Aufladung über die massenmedial per TV, Radio und Zeitungen im Denken „betreute“ Bevölkerung ausgerollt, dass neue Zielgruppen im Westen nun zumindest vorübergehend umso schwieriger für die bereits von vielen Bürgern als echte „Alternative“ wahrgenommene AfD zu gewinnen sind.

Die irrationale, rein dem Machterhalt der steuernden „Eliten“ dienende Brandmauer in den Parlamenten wirkte schon jahrelang als faktischer Demokratie-Killer: Keinen Vize-Präsidenten, keine Ausschuss-Vorsitzenden (mehr) für die AfD, ständiges Stigmatisieren als „demokratiefeindlich“. Kein Anteil an den 700 Mio. € pro Jahr, den sich die „demokratischen“ Parteien für ihre politischen Stiftungen zuschanzen. Die Medien schweigen dazu, helfen bei der Diskriminierung der Opposition eifrig mit.

Die Massen auf den Straßen wurden jetzt erfolgreich vor diesen Polit-Karren gespannt und bestimmen den öffentlichen Diskurs mächtig mit. Das motiviert sie. Mehr Aggression gegen die AfD und ihre Wähler wird die Folge sein, ggf. das Vorbereiten eines unfairen Verbotsverfahrens. Daher sollten wir parlamentarisch umgehend zu einer Gegenkampagne rüsten. Der inakzeptable Krieg gegen die AfD muss der breiten Bevölkerung bewusst werden.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📧 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**